

2023 - INFORMATIONEN für unsere Senioren der GDL-OG Cottbus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Nun ist es wohl amtlich: Die ehemaligen Reichsbahnangehörigen gehen mehrheitlich leer aus. Statt die im Zuge der Wiedervereinigung begangenen Fehler in Sachen DDR-Zusatzrenten nun endlich zu heilen, wurde das Rentenunrecht politisch endgültig zementiert. Alle dazu aktiven Beteiligten auf der Seite der Betroffenen hatten – um nicht auf eine „biologische Lösung“ zu warten – dem Kompromiss zur Einrichtung eines Fonds zugestimmt. Aus diesem Fond sollten Entschädigungen, abhängig von in der DDR erreichter Betriebszugehörigkeitsdauer, gezahlt werden.

Daraus wird nichts. Ab sofort können „Bedürftige mit offenen Rentenansprüchen aus DDR-Zeiten“ einen Antrag stellen, um aus dem nun geplanten „Härtefallfonds“ Geld zu beantragen. Mit anderen Worten: Die Betroffenen werden zu Bittstellern degradiert. Sie müssen sich bis aufs Unterhemd ausziehen und der deutschen Bürokratie wird auch noch Tür und Tor geöffnet. Dabei ist die Höhe einer eventuellen Zahlung noch vollkommen unabsehbar. Denn außer Mecklenburg-Vorpommern hat sich bisher noch kein weiteres ostdeutsches Bundesland (um deren Bürger geht es ja wohl vorrangig) öffentlich zur Beteiligung an diesem Fonds bereit erklärt.

Warum rätseln Politiker und Journalisten eigentlich dauernd über eine angebliche Politikverdrossenheit der Ostdeutschen und deren Hang zu politischem Extremismus nach links oder rechts? Hier haben sie doch ganz klar eine der möglichen Erklärungen dafür. Diese Missachtung ostdeutscher Biografien auch nach über 30 Jahren noch verbittert die Menschen und macht sie anfällig für „Rattenfänger“.

Ich will keine Werbung für irgendeine Partei machen. Aber immerhin hat der Fraktionsvorsitzende der *Linken* im Bundestag gesagt, darüber sei das letzte Wort noch nicht gesprochen, weil rund 90% der Betroffenen leer ausgehen würden. Vielleicht redet er ja mal bald mit seinem Parteikollegen, dem Ministerpräsidenten von Thüringen, darüber. Auch von dort gibt es noch keine Zusage in die vorgesehene Stiftung einzuzahlen. Die Zeit für eine solche Zusage läuft am 31.03.2023 ab. Doch egal, wer sich an diesem „Härtefallfonds“ beteiligt, es bleibt Unrecht. Dazu werde ich auch in Zukunft nicht schweigen und alle mir möglichen Mittel nutzen, dieses Unrecht laut und deutlich so zu nennen.

Bei einer Gesprächsrunde vor einigen Monaten (zu einem anderen Thema) sagte den anwesenden Seniorenvertreter*innen des ddb ein CDU-Landtagsabgeordneter: „Ihr Senioren seid die größte Wahlgruppe in der BRD, nutzt das!“ Ich finde, der Mann hat Recht.

Herzliche Grüße und lasst den Mut nicht sinken

Euer Peter Schulze
GDL Bezirk Nord-Ost
Bezirksseniorenvertreter